

Die bewegten Jahre. Der Schatten der RAF (1967 bis 1974)

Es war ja nicht so, dass in den fünfziger Jahren Friedhofsruhe im Lande herrschte. Aber es waren ruhige Jahre, die uns Jugendliche kaum zu irgendwelchem spezifischen politischen Engagement motivierte. Die Machtverhältnisse waren klar. Die CDU regierte. Es war nicht abzusehen, dass die Sozialdemokraten sie in einem überschaubaren Zeitraum ablösen würde. Wir nahmen die allmähliche europäische Annäherung zur Kenntnis. Wir empörten uns über den Ungarnaufstand und den Suez-Krieg. Aber das war mehr eine Frage von Gerechtigkeitsempfinden als von politischer Parteinahme. Wir diskutierten nicht viel, als die Wehrpflicht eingeführt wurde.

Eine Ausnahme gab es allerdings. Als die atomare Bewaffnung zur Diskussion stand, kam es unter uns Schülern zu heftigen Auseinandersetzungen, die zum Teil in Handgreiflichkeiten ausarteten. Auch die Gründung unserer Schulzeitung, die ich maßgeblich vorangetrieben hatte, hatte mehr mit einem allgemeinen Bedürfnis nach Partizipation und Mitbestimmung in der Schule zu tun als mit allgemeinen politischen Überlegungen. Selbst als mein Freund und ich vor den 1957 vor den Bundestagswahlen bei einer CDU-Wahlveranstaltung in unserem Dorf versuchten, den jungen Kandidaten Gerhard Stoltenberg mit unseren Fragen in Verlegenheit zu bringen, hatte das vermutlich mehr damit zu tun, dass wir uns gegenüber der Dorfgemeinschaft beweisen wollten als mit unserer politischen Einstellung.

Für mich änderte sich das mit meinem Amerika-Jahr. Ich hatte das nationale Gerede in der Schule mit dem allmorgendlichen Gelöbnis an die Fahne der Vereinigten Staaten ("One Nation, under God, with Liberty and Justice for all) als verlogen erlebt und die pseudomilitärischen Aufmärsche bei den Sportveranstaltungen als wilhelminische Verirrungen. Die Begegnungen mit den Ausläufern des McCarthyismus und mit der Rassendiskriminierung tat ein Übriges. Die Summe der Eindrücke dieses Jahres hatte nicht nur mein Interesse an der Soziologie geweckt. Sie hatte auch ein solches Unbehagen an diesem Land ausgelöst, dass ich niemals das Bedürfnis hatte, noch einmal dorthin zurück zu kehren. Ich war politisiert. Aber dabei ging es zunächst mehr um ein sensibilisiertes Gerechtigkeitsgefühl, als um das Gefühl, etwas tun zu müssen, um die Dinge zu ändern. Das änderte sich in den darauf folgenden Jahren auch nur graduell.

Gewiss, in Kiel ließ ich mich ins Studentenparlament wählen und übernahm dort vorübergehend das Ressort Hochschulreform. Gleichzeitig stieg ich in die Redaktion der Studentenzeitung „Die Skizze“ ein und war vorübergehend sogar ihr Chefredakteur. Aber das Ergebnis war im Grunde nur das Bewusstsein, dass ich mich damit neben dem Studium übernommen hatte. Das heißt nicht, dass ich durch dieses Engagement nichts dazugelernt hätte.

Die Erfahrungen mit dem Wechsel von Kiel nach Berlin im Jahr nach dem Mauerbau unmittelbar nach der Kubakrise waren andere: schwer bewaffnete Volkspolizisten bei den Grenzkontrollen, entwürdigende Kontrollen beim Grenzübertritt in der Friedrichstraße, eine kurzzeitige Festnahme auf der Ostseite der Mauer hinter dem Reichstag hinterließen tiefe Spuren. Prägender allerdings waren die Erfahrungen mit den geringen Spielräumen und der fehlenden Toleranz im Westen – etwa beim Ausschluss von zwei Mitgliedern des Studentenparlaments, weil sie an den Weltjugendfestspielen in Helsinki teilgenommen hatten, oder die Abwahl des Burschenschaftlers Eberhard Diepgen als Präsident des Studentenparlaments der FU durch eine Art Volksabstimmung der Studentenschaft. Nicht dass ich viel von ihm gehalten hätte. Aber das Parlament hatte ihn nun einmal gewählt. Die Instrumente, die für die späteren Jahre typisch waren, waren damals schon vorhanden: die Großdemonstration vor den Gebäuden der Freien Universität in Zehlendorf und die Teach-Ins im Henry-Ford-Bau der FU. Nur die Vorzeichen änderten sich in den darauf folgenden vier Jahren.

Nach meiner Rückkehr nach Kiel 1964 gab es übrigens auch dort eine erste Großdemonstration der Studenten – für eine Hochschulreform, die dringend geboten war. Aber auch da war das Instrumentarium der späteren Aufmärsche vorhanden. Niemand regte sich damals darüber auf, dass Frauen mit Kinderwagen mitmarschierten oder dass sich die älteren Kinder unter die Demonstranten mischten: schließlich war das ja für eine gute Sache. Ansonsten tat sich nicht viel in diesem Jahren. Ich nahm für die Kieler Studentenzeitung am Deutschlandtreffen der FDJ (DT64) in Berlin teil. Das war eine merkwürdige Erfahrung, dort in Ost Berlin rundum hofiert zu werden, nachdem ich bei meinem letzten Besuch zwar nur kurz aber mit ungewissem Ausgang festgenommen worden war.

1965 kandidierte Willy Brandt als Spitzenkandidat für die SPD bei den Bundestags-

wahlen mit dem Versprechen, den blauen Himmel über der Ruhr wiederherzustellen. Er scheiterte erwartungsgemäß. Und ebenso erwartungsgemäß, wenn auch unter großer Anspannung absolvierte und bestand ich Ende 1965 mein Staatsexamen und begann meine Medizinalassistenzzzeit zuerst in Bad Segeberg und danach in Nevers in Frankreich.

Bewegung von rechts

Als ich Anfang 1967 noch einmal nach Kiel zurück kam, um dort an der Gerichtsmedizin zu arbeiten und meine Dissertation abzuschließen, hatte sich das politische Klima in der Bundesrepublik spürbar geändert. Die Regierung Erhardt war im Herbst zusammen gebrochen. An ihre Stelle war die erste große Koalition von CDU und SPD unter Führung von Kurt Georg Kiesinger als Kanzler und Willy Brandt als Außenminister getreten. Fast gleichzeitig hatte die NPD, die Nationaldemokratische Partei, erste Wahlerfolge in den süddeutschen Landtagen errungen. Das war eine neue Entwicklung, die bei vielen von uns zu großer Beunruhigung und Verunsicherung führte.

Letztere vor allem war es, die ich bei meiner Rückkehr in Kiel spürte. Dort standen im Frühsommer Landtagswahlen an.. Es war zu befürchten, dass die NPD auch in Schleswig-Holstein punkten würde. Viele vor allem jüngere Bürger waren nicht bereit, das tatenlos hinzunehmen. Auf einigen Veranstaltungen in der Universität herrschte vor allem Ratlosigkeit, bis sich schließlich eine kleine Gruppe von jungen Intellektuellen, die meisten von ihnen Lehrer, zusammen fand, die etwas tun wollte. Daraus entstand eine kleine Bürgerinitiative, die in Kiel aktiv und mit bescheidenen Mitteln und nicht zuletzt in unbeholfener Weise versuchte, die NPD zu bekämpfen. Dieser Gruppe schloss ich mich an.

Wir versuchten die Medien für unser Engagement zu gewinnen. Wir schafften es sogar, ein paar Erwähnungen in der Lokalpresse zu platzieren und ein Interview im Norddeutschen Rundfunk zu erreichen. Unsere Hauptaktivität konzentrierte sich allerdings darauf, Wahlkampfveranstaltungen der NPD aufzusuchen und sie nicht gerade, um sie zu stören, aber die Teilnehmer zu irritieren, indem wir uns zu Wort meldeten, um die Argumente der Rechten zu widerlegen oder wenigstens zu entkräften. Jahrzehnte später traf ich einen nun auch nicht mehr so jungen Mann, der mich als

Student bei einer solchen Veranstaltung gehört hatte. Ganz ohne Eindruck waren unsere Auftritte also nicht.

Aber da unsere Initiative eine interne Angelegenheit der Auseinandersetzung mit der Partei blieb und es uns nicht gelang, eine größere Öffentlichkeit zu mobilisieren. So hinterließ unser Engagement kaum Spuren. Keiner von uns konnte sich entschließen, sich für die drei oder vier Monate bis zu Wahl voll für eine Gegenkampagne einzusetzen. Wir hätten wohl auch nicht gewusst, wie wir das tun sollten. Damals waren solche Initiativen noch etwas Exotisches, Aber nach den Landtagswahlen - zu diesem Zeitpunkt war ich schon in Tübingen- haben wir uns sehr darüber geärgert, dass wir uns nicht stärker ins Zeug gelegt hatten: Die NPD kam dem Trend entsprechend zwar in den Landtag, aber entgegen dem Trend nur mit 5,8% Stimmanteilen.

Tod am 2. Juni

Am 01. Juni 1967 begann ich meine Medizinal-Assistenten-Zeit an der Universitäts-Nervenklinik in Tübingen. In diesen Tagen sorgte der Besuch des Schahs in Berlin für heftige Kontroversen in der Öffentlichkeit, auch in meiner neuen Klinik. Am 02. Juni wurde der aus Hannover stammende Student Benno Ohnesorg am Rande einer Demonstration vor der Berliner Oper von einem Polizisten erschossen. Das führte nicht nur zu großem Entsetzen im ganzen Land, sondern auch zu heftigen Gegenreaktionen, vor allem von Studenten in Berlin, aber nicht nur dort. Die Auseinandersetzungen um den Schah-Besuch und seine Folgen führten noch im Laufe des Jahres zum Rücktritt des Berliner regierenden Bürgermeisters, des Pastor Heinrich Albertz. Der Tod Benno Ohnesorgs wurde zu einem Ereignis, das die Republik erschütterte und Zweifel an der Staatsautorität weckte.

Die Ereignisse vom 2. Juni und die Tötung Ohnesorgs markieren den Beginn der Studentenbewegung in Deutschland. Dabei wurden neben den Ereignissen um den Schah-Besuch recht unterschiedliche Strömungen sichtbar. Eine große Rolle spielte das Überspringen der amerikanischen Studentenunruhen als Reaktion auf den Vietnam-Krieg, das Ausufern des Vietnam-Kriegs, später die tödlichen Schüsse an der Kent-Universität (1974), durch die vier Studenten ums Leben kamen, sowie die amerikanische Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre; schließlich die Attentate auf Martin Luther King und Robert Kennedy im Jahre 1968.

Parallel dazu zeichneten sich in verschiedenen Ländern unruhige Zeichen ab. Für uns war die Studentenbewegung in Frankreich am wichtigsten, sich in den Mai-Unruhen von 1968 niederschlug, die die französische Republik veränderten. Aber die Ereignisse um den Prager Frühling von 1968 mit der Niederschlagung der Demokratiebewegung im Herbst des gleichen Jahres wirkten auf die Bundesrepublik, und dort vor allem auf die Studenten zurück. Ein wesentlicher Faktor innerhalb des Landes waren allerdings auch die Kontroversen um die Notstandsgesetzgebung, die von der großen Koalition 1968 durchgesetzt wurde und die von vielen von uns als Bedrohung der Demokratie verstanden wurde.

Aus heutiger Sicht wird die Studentenbewegung mit dem Jahr 1968 in Verbindung gebracht. Damals aber wäre keiner von uns auf die Idee gekommen, dass man später einmal von uns als den 68ern reden würde. Gewiss, die große Koalition begünstigte neben der Entwicklung der NPD, die sich rechts von der CDU etablierte, auch eine Radikalisierung nach links. Enttäuschte SPD-Anhänger verstanden sich mit zunehmender Dauer der großen Koalition zunehmend als außerparlamentarische Opposition (APO). Aber das wurde von den allermeisten Beteiligten nicht als Infragestellung der Demokratie, sondern als Ausdruck der Besorgnis um die Demokratie verstanden. Es herrschte keineswegs Anarchie.

Aber die Repräsentanten der Gesellschaft stellten sich recht unbeholfen an. Es war ein Protest gegen die Regierungspolitik von Leuten, die sich im Parlament nicht mehr vertreten sahen, der sich schließlich auf die Straße verlagerte und sich in Massendemonstrationen niederschlug. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten, meist Studenten, und Polizei, wobei gegenseitige Provokationen nicht ausblieben, und der Staat sich zur Wehr setzte, indem er das Verhalten der Demonstranten als Landfriedensbruch brandmarkte und damit zum Verbrechen erklärte.

Ostern 68: Schüsse auf Rudi Dutschke

Wer damals studierte oder dem Studium gerade entwachsen war, wird diese Tage nicht vergessen. Wir waren in der Heimvolkshochschule in Bad König im Odenwald mit unserm Arbeitskreis ehemaliger Austauschschüler der „Church of the Brethren“ verabredet, einer ziemlich christlichen Vereinigung, die mich immerhin akzeptierte.

Wir trafen uns jedes Jahr zu Ostern, seit ich 1958 aus Amerika zurückgekommen war. Ein- oder zweimal hatte ich gefehlt. Meist hatten wir uns in der Jugendherberge Burg Hohensolms bei Wetzlar getroffen.

Inzwischen waren die meisten der Teilnehmer älter geworden. Wir legten schon Wert auf Einzel- oder doch wenigstens Zweibettzimmer. Und ein Gehalt erhielt ich auch – 900 Mark waren es im ersten Jahr (pro Monat). Das Thema des Treffens war die Lage der Entwicklungsländer in Lateinamerika. Wir waren engagierte, „gute Menschen“. Aber diesmal war alles anders. Schon bevor wir losfuhren, brodelte der Hexenkessel.

Am Donnerstag vor Ostern hatte ein verwirrter Junger Mann, der der rechten Szene zugeordnet wurde, auf dem Berliner Kurfürstendamm Rudi Dutschke niedergeschossen, - Rudi, den großen Studentenführer mit der demagogischen Stimme, den klugen Ideologen, der uns alle auf den Marsch durch die Institutionen schicken wollte (was ihm bei manchen von uns auch gelang). Rudi D. war nicht tot. Aber ein paar Tage lang wussten wir nicht, was aus ihm werden würde; und wie wir wissen, hat er zwar überlebt. Aber seine Hirnverletzung wurde zu einer bleibenden Behinderung - auch wenn er später in Aarhus promovierte, auch wenn seine Frau Gretchen, eine Amerikanerin, mit ihren Kindern den Eindruck von heiler Welt verbreitete, auch wenn Rudi noch einmal einen großen öffentlichen Auftritt hatte, als der RAF-Terrorist Holger Meins sich im Hungerstreik das Leben genommen hatte. Bei dessen Beerdigung hob er die linke Hand und versprach: „Holger, der Kampf geht weiter!“- damals, Anfang der Siebziger-Jahre, ein wahnwitziges Versprechen.

Überall in Deutschland brodelte es. Es begann das, was man später die Studentenunruhen nannte, obwohl es eigentlich nach wie vor eine Bewegung war, keine Revolution, wie manche sagten. Aber in jenen Ostertagen waren wir alle unruhig. Wir empfanden das Attentat als inszeniert und zwar von der Springerpresse, die über Monate eine unablässige gehässige Hetzkampagne gegen Dutschke und seine Freunde, ja gegen alle linken und liberalen Studenten inszeniert hatte. Wir waren alle davon überzeugt: Bild hat mitgeschossen.

Das war dann in Bad König auch der Titel meines Vortrages – statt, wie vorgesehen, Entwicklungshilfe in Südamerika. Wir waren sehr bewegt und voller Zorn. Aber wir waren friedlich, ganz anders als die aufgebracht demonstrierenden Demonstranten in Berlin, wo

Zehntausende unter Führung des unglückseligen Anwalts Horst Mahler das Springerhochhaus angriffen, ganz anders als in anderen Städten wie Frankfurt und Hamburg, wo die Auslieferung von Springerzeitungen über Tage nachhaltig behindert wurde.

Bild hatte mitgeschossen. Wir in Bad König waren sehr aufgewühlt. Wir waren das auch – nicht weil wir Freunde von Aufruhr und Revolution waren, sondern weil eine von uns, die Pfarrerstochter und Mitaustauschschülerin Gudrun Ensslin mittendrin steckte.

Gudrun Ensslin

Im Jahr zuvor, 1967, im Jahr des Beginns der Studentenbewegung, hatten die beiden ein Fanal setzen wollen. Gegen den Wohlstandswahn der sich verkrustenden Bundesrepublik hatten sie Bewusstsein wecken wollen für die Not in der Welt und ein Frankfurter Kaufhaus angezündet – glücklicherweise mit kümmerlichem Erfolg. Die Brandsätze verglühten noch in der Nacht ohne fatale Folgen. Die beiden wurden zu je vier Jahren Haft verurteilt - in einem ordentlichen Verfahren – zu Recht. Es war eines der ersten Strafverfahren in Deutschland gewesen, in denen die Angeklagten unbotmäßig waren, und, soweit ich mich erinnere, schließlich des Saales verwiesen wurden. Aber das Urteil war ohne Zweifel angemessen.

Das Attentat auf Rudi Dutschke änderte alles. An einem kühlen Ostersonntag-Nachmittag saßen wir vermunmt auf der Wiese vor der Volkshochschule. Wir tauschten Erinnerungen an Gudrun Ensslin aus. Ihre Schwester war dabei, Freunde waren anwesend, die im gleichen Jahre mit ihr in Amerika gewesen waren. Es spricht einiges dafür, dass ich ihr in New York begegnet bin. Es gibt ein Bild auf dem Flughafen, wo sie ankommt und wir im gleichen Flugzeug zurückfliegen. Aber ich kann mich an nichts erinnern. Vielleicht ist es auch Legende.

Gudrun Ensslin ist ohne Zweifel eine der tragischen Figuren der Terroristengeneration, Täterin und Opfer zugleich. Pietistin, radikale Moralistin, Terroristin der ersten RAF-Generation, unglückliche Frau und Mutter, vor allem aber Tochter eines überstrengen Vaters. Ich schreibe auch deshalb über sie, weil sie in und um Tübingen zu Hause war, weil ich später mehrere Mitglieder ihrer Familie kennenlernte – auch im Rahmen ihrer Anschuldigungen nach ihrem Suizid, der von ihrer Familie, insbeson-

dere ihrer Schwester, als Mord deklariert wurde.

Die Gespräche an jenem Ostersonntagnachmittag in Bad König im Odenwald kreisten um Erinnerungen an die junge Frau, das junge Mädchen, das viele von uns gekannt hatten. Aber sie drifteten auch in Anschuldigungen ab, in falsche Anschuldigungen, meine ich, und in Selbstmitleid und in falsches Mitleid mit Menschen, die sich in fürchterlicher Weise verrannt hatten. Heute wissen wir natürlich, dass die Geschichte damit noch nicht zu Ende war. Damals wussten wir das nicht und sahen alles das in der aufgewühlten Atmosphäre nach dem Dutschke-Attentat in anderem Licht.

Bild hatte mitgeschossen. Der Aufruhr in Deutschland war nicht unser Aufruhr. Er war Folge der Intoleranz des Establishments gegenüber Menschen, die es wagten, eigene, abweichende Gedanken zu äußern. Eine Ära des gegenseitigen Unverständnisses hatte ihren Anfang genommen. Wenn ich mich zurück erinnere, überschlugen sich die Ereignisse im März, April und Mai 1968, aber sie endeten nicht in Anarchie.

Tübinger Sommer

Ich hatte im Frühjahr und im Sommer 1968 jenseits der Klinik viel Zeit. So konnte ich einen Abend in der Woche im „Wilhelm-Reich-Institut für kritische Psychologie“ verbringen, das nach der Besetzung des Luftschutzhilfsamtes gegründet worden war; einen anderen mit Kollegen aus der Klinik in der Steinlach oder beim Boulanger, einen dritten im Erasmushaus der katholischen Studentengemeinde mit den sozialen Arbeitskreisen der Studenten, und einen vierten im neu gegründeten Republikanischen Club, der seine Residenz in einer großen Wohnung über der medizinischen Traditionsbuchhandlung Pietzcker gefunden hatte, wo der Weißwein floss, wo man sich die Köpfe heiß redete, wo Wolfgang Loch und Ernst Bloch sich stritten, der blinde Bloch unterstützt von Carola, seiner Frau, wo Rolf Croissant, - Stuttgarter Anwalt, später als Sympathisant der Baders und der Meinhofs verhaftet und verurteilt - und sein Kanzleipartner Jörg Lang sich ein Stelldichein gaben, bis Lang plötzlich eines Tages für zehn Jahre verschwand., ohne dass wir erfuhren warum

Es war aber auch ein Sommer von Optimismus und großem sozialem Engagement. Die Studenten der Evangelischen und der Katholischen Studentengemeinden kamen

auf uns zu. Sie wollten sich engagieren für psychisch Kranke, für Strafgefangene und für Obdachlose. Aus unserer Gruppe entstand ein Kreis, dem zahlreiche spätere Profis entwuchsen: Hans Gessner beim Club 55 in Freiburg, Christa Widmaier, Leiterin des sozialpsychiatrischen Dienstes in Esslingen, Peter Bastian, Leiter der sozialpsychiatrischen Zusatzausbildung an der Medizinischen Hochschule Hannover und viele andere mehr.

Das war der Sommer 1968 in Tübingen, brodelnd, aufgereggt, gelegentlich unruhig mit friedfertigen Auseinandersetzungen in der Klinik. Niemand von uns wäre auf die Idee gekommen, dass wir später einmal die „Achtundsechziger“ sein würden,- zuerst **idolisiert**, dann banalisiert und zuletzt mehr oder weniger dämonisiert. Unsere Probleme waren andere. Es waren Alltagsprobleme der Arbeit und des Studiums. Es war natürlich auch Gelegenheit, Teach-Ins mit den Gurus der Tübinger Studentenbewegung zu besuchen: Wenn ich gelegentlich im Fernsehen den kritischen Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel sehe, kann ich mir nicht vorstellen, dass er einer der Rührigsten von ihnen war, um so mehr, als ich ihn auch ganz anders kennen gelernt habe.

1968, das wird oft vergessen, war auch das Jahr des Prager Frühlings. Hunderte von Studenten reisten dorthin, ließen sich von der Begeisterung der Tschechen anstecken, verliebten sich in tschechische Frauen und kamen mit ihnen zurück, als die Panzer rollten. Auf einzelne werde ich noch zurückkommen und zwar im Zusammenhang mit meinen ersten Erfahrungen in ambulanter Psychotherapie. Es war eine inspirierende Zeit, eine unruhige Zeit. Aber es war keine Zeit von Revolutionären oder von Leuten, die das inszenierten, was man später Unruhen nannte. Das mag in anderen Städten anders gewesen sein.

Tübingen blieb lebhaft und zugleich ein bisschen behäbig. Wir hatte alle das Gefühl, uns einzusetzen und konstruktiv zu sein, Gutes zu tun; und Gutes tat man im schwäbischen Protestantismus.

Keine Anarchie

1968 herrschte keine Anarchie, wie die bürgerliche Presse, vor allem die Springer-Presse in Berlin das darstellte. Als im April 1968 Rudi Dutschke, bei einem Anschlag schwer verletzt wurde, waren die Schleusen der Empörung und der Gegengewalt

weit geöffnet. Alles dies ist bekannt. Ich erwähne es hier noch einmal, um auf die Stimmung zu verweisen, die das Land damals prägte und die uns bewegte. Es herrschte Unruhe in den Universitäten. Aber es gab keine „wirklichen“ Studentenunruhen. Was sich abzeichnete, war eine neue Bewegung, die sich mit der traditionellen autoritär verfassten Universität nicht mehr abfinden wollte.

Die „Anti-Slogans“ der Studentenbewegung prägten sie. In Hamburg beispielsweise entrollten Studenten 1967 im Auditorium Maximum bei einer akademischen Feier ein Transparent mit dem Text „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren.“ Die Universität zu entstauben, war ganz gewiss ein berechtigtes Anliegen. Dass viele Studenten auch dazu bereit waren, unkonventionelle Wege zu beschreiten, wie bei den Demonstrationen, der Störung von Vorlesungen, um Diskussionen zu erzwingen und ähnliches Das mag damals einigen als revolutionär erschienen sein. Aber das war es ganz gewiss nicht.

Auch den Aufruf, das Verbot, den Rasen nicht zu betreten, endlich zu überschreiten – ein Slogan jener Jahre -, kann man nicht wirklich als sensationell zu bezeichnen. Dass später aus bestimmten Ecken die Gewalt gegen Sachen gerechtfertigt und gepredigt wurde, ist auch wahr. Dabei muss man allerdings begreifen, dass es sich hier um den Kampf einer Minderheit handelte, die keineswegs ausschließlich an den Universitäten ihren Platz hatte.

Neu war die Pluralität der unterschiedlichen Meinungen und Lebenshaltungen. Das reichte von Black Power und der Hippie-Bewegung der amerikanischen Westküste mit „Flowers in Your Hair“ und ihren Pendants im – Swinging London der späten Beatles-Ära, über das triviale Bedürfnis, nicht mehr in Hemd und Krawatte in die Uni zu gehen, über das Engagement in sozialen Gruppen, etwa der Hochschulgemeinden, die sich mit Randgruppen, wie Obdachlosen, Straftätern und psychisch Kranken befassten, bis hin zur politischen Radikalisierung in unterschiedlichen linken Gruppierungen, die sich später als K-Gruppen zunehmend verhärteten und immer dogmatischer wurden. Es gab aber auch die Widersprüche – den Mord an Sharon Tate durch die Manson-Bande in Kalifornien oder den Blutsonntag in Nordirland, der den Beginn des dortigen – Terror geprägten - Bürgerkrieges markierte.

Diese Vielfalt ist in der späteren Bewertung oft übersehen, bzw. gar nicht erst wahr-

genommen worden. Aber diese Vielfalt war es, die zunächst zu einer Veränderung der Universitätskultur unter den Studenten, später der Gesellschaft beitrug. Es war eine Kultur der Diskussion und Auseinandersetzung, eine Entwicklung der Auflösung zahlreicher kultureller Selbstverständlichkeiten, die vielen Angst machte und als Anarchie missverstanden wurde. Sie schlug sich in Schlagworten nieder wie der anti-autoritären Erziehung und zahlreichen weiteren "Antis".

Dazu gehörte natürlich auch die Anti-Psychiatrie, die in Deutschland bemerkenswerter Weise nie eine wirkliche Rolle gespielt hat. An den Universitäten wurden diese neuen Strömungen ganz wesentlich durch die explosionsartige Entwicklung der Sozialwissenschaften, Sozialpädagogik und der Psychologie geprägt, durch die Entstehung zum Teil recht schillernder neuer Psychotherapie-Bewegungen, insbesondere der „neuen Gruppentherapien (Ruitenbeek 1970), durch den Ruf nach Emanzipation in jeder Hinsicht, durch die beginnende Frauenbewegung, letztlich auch durch die beginnende Friedensbewegung.

Dass ich all dieses schildere, heißt nicht, dass ich verleugnen will, dass der linke Terrorismus der 70er Jahre in jener Zeit ebenfalls seinen Ursprung hatte. Aber er war eine Schreckliche, traurige Fehlentwicklung, die nicht durch die damalige Bewegung unter den Studenten erklärt werden kann. Für mich ist hier vor allem von Bedeutung, in welcher Weise wir mit diesen terroristischen Aktivitäten in Berührung kamen, die in den 70er Jahren das ganze Land irgendwie in Bann schlugen.

Beinahe-Berührungen

Es ist mir heute noch unerklärlich, wie sich in jenen Jahren eine so breite Sympathie mit den späteren Terroristen entwickeln konnte. Sicher hat das zum Einen damit zu tun, dass sie von vielen als verirrte Idealisten verstanden wurden. Zum Teil waren sie das wohl auch. Zum anderen hat es wohl auch mit der Reaktion der Staatsmacht zu tun, die von uns als schädliche Überreaktion empfunden wurde. Viele von uns waren betroffen, wenn die Geschehnisse uns nahe rückten - ich zum Beispiel, als die beiden Kieler Professorenöhne Weissbecker und Rauch bei einer Razzia von der Polizei erschossen wurden. Ich hatte beide während meines Studiums in Kiel noch als Schüler kennen gelernt, wo sie wie wir mittags regelmäßig bei Tchibo in der Holtenauer Straße auf einen Kaffee auftauchten.

In Tübingen wurde schon früh gemunkelt, dass Gudrun Ensslin in Tübingen einen Unterstützer-Kreis habe, der ihr immer wieder Unterkunft und Zuflucht gewähre, Konkretes darüber wussten wir damals nicht. Aber zumindest mittelbare Betroffenheit gab es auch bei uns. So eines Tages ein Mitglied des Tübinger republikanischen Clubs verschwand und erst 10 Jahre danach wieder auftauchte, oder als irgendwann Anfang der 70er Jahre ein junger Mann in Haft genommen, der für uns die Werkstatt-Schriften zur Sozialpsychiatrie und in seiner Freizeit offenbar auch Dokumente für die Ensslin-Gruppe gedruckt hatte, oder als kurz vor meinem Wechsel nach Hannover eine Mitarbeiterin unserer Klinik ins Visier der Fahnder geriet, weil sie G. E. Quartier gewährt haben sollte. Darauf komme ich später noch einmal zurück.

Rote Hilfe zu Gast beim DGSP-Vorstand

Es fehlte in den nachfolgenden Jahren nicht an Versuchen, die DGSP zu infiltrieren, und dort Sympathisanten zu gewinnen. Die Art und Weise der Zusammensetzung der sozialpsychiatrischen Bewegung hätte im Grunde Erfolge dabei erwarten lassen. Dass dies misslang, hatten wir wahrscheinlich der klaren ablehnenden Haltung unserer führenden Mitglieder zu verdanken, die überall als Linke angesehen wurden, zum Teil als Linksradikale verschrien wurden, wie Klaus Dörner und Erich Wulff. Besonders Klaus Dörner verfolgte eine klare Strategie der Abgrenzung und konnte diese als Linker glaubwürdig und überzeugend vertreten. Er konnte vor allem deutlich machen, dass die Selbstdefinition der terroristischen Gruppen als „links“ eine Täuschung war.

Ich werde nie vergessen, wie im Herbst 1971 zwei Vertreterinnen der Roten Hilfe bei einer Vorstandssitzung der DGSP in Frankfurt auftauchten und an uns appellierten, ihnen zu helfen, sowohl jenen Mitgliedern der Gruppe, die bereits in Haft waren, wie jenen, die im Untergrund waren. Ich empfand es damals als sehr schwer, mich den Argumenten dieser beiden Vertreter zu entziehen. Klaus Dörner zeigte sich unbeeindruckt. Es gelang ihm in wenigen Sätzen, uns aus dem Bann der Argumentation zu befreien.

Das sozialistische Patienten-Kollektiv

Für uns in der Psychiatrie gab es eine andere Entwicklung, die uns beunruhigte. In Heidelberg hatte sich im Zusammenhang mit der Neubesetzung des Lehrstuhls und

der Unzufriedenheit zahlreicher Mitarbeiter mit dem Verlauf des Berufungsverfahrens um einige Mitarbeiter der Psychiatrischen Poliklinik herum eine Gruppe von aktuellen und ehemaligen Patienten zusammengefunden, die man wohlwollend als Selbsthilfegruppe verstehen konnte. Wenn man nicht so wohlwollend war, fielen einem die politischen Aspekte dieser Gruppe auf, die sich „Sozialistisches Patienten-Kollektiv (SPK)“ nannte. Dieses so genannte Kollektiv wurde vom Arzt der Poliklinik Wolfgang Huber und anderen Therapeuten gestützt.

„Die grundlegende These des SPK ging davon aus, dass alle psychiatrischen Erkrankungen durch die Gesellschaft bedingt seien, die in der aktuellen Form als Kapitalismus jedoch selbst nicht gesund sei. Die klassische Psychiatrie versuche demnach, die Patienten wieder „tauglich für die krankmachende Gesellschaft“ zu machen. Im Gegensatz dazu forderte das sozialistische Patientenkollektiv, zuerst müsse die Gesundung der Gesellschaft bewirkt werden, bevor in dieser Gesellschaft selbst eine Gesundung möglich sei. Im Juni 1970 erklärte Huber: „Es darf keine therapeutische Tat geben, die nicht zuvor klar und eindeutig als revolutionäre Tat ausgewiesen worden ist“, und folgerte: „Im Sinne der Kranken kann es nur eine zweckmäßige bzw. kausale Bekämpfung ihrer Krankheit geben, nämlich die Abschaffung der krankmachenden privatwirtschaftlich-patriarchalischen Gesellschaft.“

Nach der Gründung im März 1970 wuchs das Kollektiv schnell, zwischenzeitlich auf angeblich 500 Patienten. Nachdem Huber bereits als Arzt entlassen worden war, zahlte die Universität nach heftigen Diskussionen die Räume der Gruppe und das Gehalt Hubers. Die öffentlichen und juristischen Auseinandersetzungen über den Status der Gruppe an der Universität Heidelberg und ihre Legitimität setzten sich aber fort.“

(Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistisches_Patientenkollektiv)

Viele jüngere Leute, die sich in der Psychiatrie als progressiv verstanden, hatten Sympathien für diese Gruppierung. Zugleich wünschte man sich allerdings, in der eigenen Klinik von einer ähnlichen Entwicklung verschont zu bleiben. Als dann Waffen in Räumen des SPK gefunden und Wolfgang Huber und dessen Frau zu Haftstrafen verurteilt wurden, schien den meisten von uns unglaublich.

Hilflose Staatsautorität

Die Reaktionen des Staates waren hilflos, oft sogar kontraproduktiv. Am gravierendsten in seinen Auswirkungen war der so genannte Radikalenerlass, der verhindern sollte, dass Terrorsympathisanten und Mitglieder bestimmter radikaler linker Gruppen, insbesondere so genannter K-Gruppen, in den öffentlichen Dienst übernommen wurden. Dazu gehörten auch Mitglieder der erlaubten DKP. Einerseits hatte Brandt bei Antritt seiner Kanzlerschaft verkündet, er wolle mehr Demokratie wagen. Andererseits weitete sich die Gesinnungsschnüffelei unter dem Vorwand des Schutzes der Demokratie seit Anfang der 70er Jahre immer weiter aus. Schließlich wurde jeder, der sich um eine Stelle als Lehrer, in der Verwaltung oder bei der Justiz bewarb, erst einmal vom Verfassungsschutz überprüft. Fast alle damaligen Hochschulabsolventen hatten Freunde oder Bekannte, denen auf diese Weise der Zugang zum Beruf, ja, schon zum Referendariat, verwehrt wurde.

Im Gefolge des eskalierenden Terrorismus und der Ausnahme Gesetze als Reaktion darauf entstand eine allgemeine Atmosphäre des Misstrauens. Ich hatte damals den Eindruck, dass die Unterstützerszene der so genannten Baader-Meinhoff-Gruppe dadurch nur vergrößert wurde. Anfang der 70er Jahre schwang immer beides mit: das Unverständnis über die gewaltbereiten untergetauchten Terroristen der ersten Generation um Ensslin, Baader und Meinhof; andererseits das zunehmende Misstrauen gegenüber den staatlichen Institutionen.

Parallel dazu war es unübersehbar, dass die Restauration in Universität und Gesellschaft nach anfänglichen ermutigenden Schritten zu einer Reform der Struktur der Leitungsgremien bereits wenige Jahre nach Beginn der Studentenbewegung eingesetzt hatte. Ich war davon betroffen, als ich innerhalb der medizinischen Fakultät, insbesondere meines Fachbereichs "Klinische Medizin" aufgrund meiner Lehrtätigkeit in der Medizinsoziologie zunehmendem Misstrauen begegnete. Insbesondere mein verbindlicher Umgang mit jenen Studenten, die diskutieren wollten oder die Vorlesung störten, stieß bei älteren Kollegen offenbar auf schroffe Ablehnung. Offenbar fürchtete man, als Sozialpsychiater könnte ich in Tübingen eine ähnliche Entwicklung einleiten wie in Heidelberg.

In den frühen 70er Jahren, passierte in Tübingen – zumindest an der Oberfläche - nicht viel, was uns in der Klinik hätte beunruhigen können - mit einer Ausnahme: Im Sommer 1974 war bei einer Psychologin der Klinik während ihres Urlaubs eine Hausdurchsuchung durchgeführt worden. Sie stand offenbar im Verdacht, Mitglieder der Gruppe um Gudrun Ensslin "Quartier" gegeben zu haben. Sie wurde in der Tat später auch zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Ich erhielt die Information vom Chef der Tübinger Redaktion des Schwäbischen Tagblatts und tat mich mit einigen Freunden in der Klinik zusammen, um zu beraten, wie wir verhindern könnten, dass die Situation außer Kontrolle geriet, etwa dass die Kolleginnen auf Verdacht hin entlassen wurde.

Wir wurden nicht tätig. Aber wir standen bereit, tätig zu werden, falls dies erforderlich sein sollte. Wenige Monate in später tauchte ein Beamter der Landeskriminalpolizei oder des Verfassungsschutzes bei mir in der Tagesklinik auf - er wies sich nicht aus - um mich zu befragen, woher ich die Information hatte. Ich verweigerte ihm die Auskunft, und das hatte ein halbes Jahr später die Folge, dass meine Übernahme in den Niedersächsischen Staatsdienst in den Tagen unmittelbar vor meinem Dienstantritt vorübergehend in Frage stand. Ich hatte keine Gesinnungsprüfung über mich ergehen lassen müssen, weil ich in Baden-Württemberg seit dem Frühjahr 1974 Beamter auf Lebenszeit war.

Aber irgendwie geriet die Information über die Tübinger Episode dann doch an den Niedersächsischen Landesverfassungsschutz. Ich erfuhr davon erst einige Monate später bei einem Fest, das das Landessozialamt Niedersachsen für die leitenden Mitarbeiter der Einrichtungen des Landessozialamtes ausrichtete, vom Personaldezernenten des Sozialministeriums, der das am fortgeschrittenen Abend unter der Einwirkung von einigen Gläsern Wein locker ausplauderte. Das erklärte einige Ungeheimheiten um meine Amtseinführung in Wunstorf, zu der entgegen den Gepflogenheiten des Landes keine Gäste geladen waren und auch der obligate Vertreter des Ministers fehlte. (Vielleicht hörten wir aber auch nur das Gras wachsen).

Ruhe und Turbulenzen in Tübingen

Um es noch einmal zusammenzufassen, eigentlich passierte in jenen "bewegten Jahren" in Tübingen nicht viel. Aber wir lebten unter dem Eindruck eines zunehmenden

den Unbehagens und zunehmenden Misstrauens, unter Angstgefühlen. Anders als in den Jahren 1967 und 1968 mit der Gründung des Republikanischen Clubs und dem Beginn ich mich der Studentenbewegung wussten wir nicht so recht, wohin wir gehörten, woran wir uns orientieren könnten und wem unsere Loyalitäten gehören sollten. Ich erlebte in jenen Jahre eine paradoxe Situation. Ich wurde von konservativer Seite innerhalb und außerhalb der Universität immer wieder der Linksradikalität und des Kommunismus verdächtigt. Von linker Seite etwa in der DGSP galt ich als Rechter.

Konkret versuchte ich immer wieder zu vermitteln, und jeglichen Radikalisierungstendenzen vor allem in unserer Klinik entgegenzuwirken, die nach dem plötzlichen Tod unseres Chefs 1972 eine neue Ordnung finden musste. Reinhard Lempp, der damalige kommissarische Klinikdirektor, und ich hatten darüber eine stillschweigende Übereinkunft. Über ihn und über die beiden Pädagogen Andreas Flitner und Hans Thiersch, meine Ansprechpartner in der philosophischen Fakultät, wurde ich Mitglied des 1974 gegründeten Österbergkreises, einer Vereinigung sozialliberaler Dozenten und Professoren. Dort fühlte ich mich wohl. Dort erhielt ich die Unterstützung, die ich damals brauchte. Das war dann auch eine der wenigen Gruppen, an denen ich gern weiterhin Anteil gehabt hätte, als ich Ende 1974 die Universität verließ und nach Wunstorf ging.

Für mich waren das meine besten Klinikjahre, in denen ich mich ungehindert entwickeln konnte und gelernt hatte, nicht nur ein kleines Team zu führen, sondern mich auch an leitender Stelle in einem großen Betrieb zurecht zu finden. Natürlich waren diese Jahre gleichzeitig von Unruhen geprägt: Wer würde Nachfolger von Schulte werden? Von den vielen Bewerbern kamen schließlich drei auf die Liste der Fakultät: Hanfried Helmchen aus Berlin, der, wie zwei Jahre zu vor Hans Hippus, von der von Unruhen geprägten Berliner Freien Universität weg wollte, Jörg Willi aus Zürich, damals Privatdozent und Hans Heimann aus Lausanne, ursprünglich Bern, der durch seine neurophysiologischen Forschungen als einer der frühen biologischen Psychiater ausgewiesen war. Favorit der Assistenten und Oberärzte war Willi. Die Fakultät entschied sich aber mit zwei Stimmen Mehrheit für Hans Heimann.

Das löste bei vielen von uns große Sorge aus. Schon bei seinen ersten Vorstellungen in der Klinik während der Verhandlungen über die Berufung, zeigte er, dass er

wohl den Absichten der Fakultät gerecht werden würde, endlich wieder "Ordnung in der Klinik" zu schaffen. Er zeigte eine Haltung, die in der Tübinger Klinik seit Schultes Amtsantritt Anfang der 60er Jahre zunehmend überwunden worden war, und die in Schultes letzten Jahren, vor allem aber unter der kommissarischen Leitung von Lempp, zu einer neuen Klinikkultur geführt hatte, die sich zwischen den Berufsgruppen und im Verhältnis zur Klinikleitung und Assistenten durch Kooperation und Kollegialität auszeichnete und in etwa jener Kultur entsprach, die Anselm Strauß in seiner Studie über psychiatrische Ideologien und Institutionen als soziotherapeutische Kultur bezeichnet hatte. Sie war letzten Endes das geworden, was mir seit meiner Rückkehr aus England vorgeschwebt hatte.

Hinzu kam, dass Heimann wenig kommunikativ war. Er konnte stundenlang dasitzen, an seiner Pfeife rauchen und ziehen, ohne ein Wort zu reden. Das war für jemand, der ihn nicht kannte und der nicht wusste, was er wollte, äußerst schwierig. Mir wurde bald klar, dass ich mit ihm nicht gut zusammen arbeiten können würde. Das hing sicherlich nicht nur damit zusammen, dass ich den Eindruck hatte, dass er sich nicht über meine Stellung in der Klinik und als beamteter Hochschullehrer klar war. Und ich fand es sehr freundlich, dass er meinte, ich könnte bei ihm Oberarzt werden. Zugleich erschien es mir, dass ich ein Recht hatte, in der Klinik tätig zu bleiben.

Anstöße zur persönlichen Bewegung

Zudem wurde rasch deutlich, dass Heimann vorschwebte, die Klinik wieder zu zentralisieren, nachdem sich in den letzten Schulteschen und den Lemppschen Jahren eine Dezentralisierung der Arbeit und der Verantwortung etabliert hatte. Alles dies sollte sich später bestätigen. Er hatte einen freundlichen, aber autoritären Stil der Klinikleitung. Er hatte rückwärtsgewandte Vorstellungen von seiner akademischen Funktion. Er fand nichts dabei, immer, wie in der guten alten Zeit, die besonders von ihm geförderten Assistenten Arbeiten für ihn schreiben zu lassen. Als äußeres Zeichen für die neue Zeit führte er gleich nach seinem Amtsantritt den weißen Mantel wieder ein, den die Ärzte in der Klinik seit Anfang der 70er Jahre nach und nach abgelehnt hatten, ohne dass das ein Streitpunkt gewesen wäre.

Für mich am gravierendsten war etwas, was nicht unmittelbar mit Heimann zu tun hatte, was aber im Vorfeld der Berufungsverhandlung zu einem zentralen Punkt ge-

worden war. Die Fakultät hatte in Übereinstimmung mit dem Ministerium beschlossen, in Abweichung von dem ursprünglichen Strukturplan für die Klinik - und von der Stellenausschreibung -, doch keine selbständige sozialpsychiatrische Abteilung einzurichten - und zwar nachdem feststand, dass ich die Stelle des prospektiven Leiters erhalten würde, und ohne dass man mir das mitteilte, so dass ich am Ende trotz meiner universitären Funktion als Wissenschaftlicher Rat am Ende eine Oberarztstelle an der Klinik haben würde. Da war gewiss viel gekränkte Eitelkeit dabei.

Es kam noch etwas anderes hinzu. Als sich abzeichnete, dass Heimann berufen werden würde, brach unter den Assistenten der Klinik große Unruhe aus. Eine Gruppe der Unzufriedenen, die sehr stark von der Studentenbewegung geprägt war, wollte sich damit nicht abfinden, und in Verkennung ihrer Möglichkeiten eine Änderung erreichen. Zu allem Unglück hatten sie die Vorstellung, ich sollte das für sie durchsetzen. Aber das genau war das, was ich im Zusammenhang mit der Berufung am meisten gefürchtet hatte. Ich teilte die Überzeugung der Unzufriedenen. Aber ich wusste, wie böse das enden konnte.

Die Entwicklungen in Heidelberg mit der psychiatrischen Poliklinik und dem sozialistischen Patienten-Kollektiv, mit dem Abgleiten des Widerstandes gegen den neuen Klinik-Direktor erst an den Rand und dann in terroristische Aktivitäten, waren ein erschreckendes und schreckendes Beispiel. Trotzdem musste ich fürchten, aufgerieben zu werden. Und ich würde Zweifel an der Loyalität gegenüber der Klinikleitung nicht zerstreuen können. Dazu war mein Ruf in der etablierten psychiatrischen Szene mittlerweile zu sehr der eines Rebellen, oder doch zumindest eines unruhigen Geistes. Ich erinnere mich noch, wie Lempp mir berichtete, anlässlich der akademischen Trauerfeier für Schulte habe mein späterer Freund Christian Müller, Lausanne, die Ankündigung meiner Antrittsvorlesung gesehen und ihm mitfühlend gesagt: "Ach, der Unruhestifter ist bei Ihnen; dann haben sie es ja schwer."

Ich hätte zu der Zeit noch Gelegenheit gehabt, den Lehrauftrag und die für die Medizin-Soziologie und die damit verbundene Abteilungsleitung ganz zu übernehmen. Aber trotz der sich abzeichnenden Schwierigkeiten in der Klinik war mir rasch klar, dass ich nicht Arzt geworden war, um so bald wieder in eine rein theoretische Position über zu wechseln. Deshalb kam das Angebot, Direktor des Niedersächsischen Landeskrankenhauses Wunstorf bei Hannover zu werden, das sich ab Mitte 1974

konkretisierte, wie gerufen. Es half, dass sich sechs meiner ärztlichen Mitarbeiter und eine leitende Krankenschwester entschieden, mit mir einen Neuanfang zu wagen.

Mit dem Wechsel nach Niedersachsen waren die sich Jahre, die ich hier die „bewegten“ genannt habe, nicht zu Ende. Aber die Jahre danach waren anders. Sie waren auch, was den Terrorismus anbetrifft, düsterer und bedrückender. Für mich rückte diese Seite allerdings nie wieder so nahe wie in Tübingen, mit einer Ausnahme: als nach der Schleyer-Entführung bewaffnete Einheiten am Rande der DGSP- Herbsttagung im November 1977 in Homburg/Saar unter den Tagungsteilnehmern nach Terroristen oder Sympathisanten suchten. Ansonsten nahm mich der Anstaltsalltag viel stärker gefangen, als meine Tübinger Tätigkeit des je getan hatte.

Die 68er

Manchmal habe ich den Eindruck als sein „die 68 er“ ein Mythos. Wenn ich sehe, was ihnen in Talkshows und Feuilletons alles angelastet wird, kann ich nur staunen. Das Lachen darüber ist mir schon lange vergangen. Aber auch was ihnen von anderen als Verdienst angerechnet wird, trifft vermutlich die Falschen. 68, das war nicht die Studentenbewegung, schon gar nicht die Studentenrevolution. 68 war ein Zeitgeist-Phänomen, das mehr damit zu tun hatte, dass da eine Generation herangewachsen war, die mit Elvis Presley und dem Rock'n Roll, mit den Beatles und den Rolling Stones, mit Bob Dylan und Joan Baez groß geworden war, die Generation nach Woodstock, aber auch die Generation der Oswald-Kolle-Leser mich du, die den Zugang zur Antibabypille hatte; die mit alledem ihre Eltern auf die Barrikaden gebracht hatte und als Reaktion darauf gründlich mit deren Werten aufräumte, die durch Kriegs- und Nachkriegszeit und die Wirtschaftswunderjahre geprägt waren.

Was da seinen Lauf nahm, war ein Zeitgeistphänomen, das sich in den USA, England und Frankreich in ähnlicher Weise manifestierte. Es war vielleicht eine Kulturrevolution. Aber es war keine Erfindung einer abgehobenen, intellektuell verstiegenen, marxistisch geprägten, aber ansonsten total verklemmten Studentelitte. Es war auch eine Zeit, in der das Land, zum Teil auf schmerzliche Weise Demokratie lernte, in der es auf noch schmerzlichere Weise lernte, mit gesellschaftlichen Konflikten zu leben – auch wenn man nicht behaupten kann, dieser Lernprozess sei abgeschlossen. 68 implizierte einen Kulturwandel, der alle betraf, die meisten, ohne dass sie es

ahnten. Und diejenigen, die glaubten, ihn zu steuern, saßen allzu oft im Wolkenkuckucksheim.

Literatur

Ruitenbeek, H. M. (1974): Die neuen Gruppentherapien. Klett, Stuttgart (Original 1970).